

Der man nicht nur Genugtuung, sondern die Straffung tritt in Aktion.

„Ad mer den Deubel duhn.“ Wilhelm II. hat seine Landwirtschafstheorie in Gegenwart des Herrn v. Obenb... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Der Herr v. Obenb... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Das Geschichtliche könnte stimmen... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die Deutsche Tageszeitung schrieb am Sonnabend... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Der Herr dieser Ausführungen ist also... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die Hege für Anbelgesetze

gegen die Arbeiterklasse geht ungeschwächt weiter... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Kleines Feuilleton.

Die nördlichste Stadt der Erde.

Spitzbergen, das kälteste Land der Polarforschung... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

tere Justiz sei eine unbedingte Notwendigkeit. Und er nahm folgende Entschlüsse an:

Der Deutsche Handelsrat hat auf Grund der von ihm bei seinen Mitgliedern veranlasseten Umfrage die Überzeugung gewonnen, daß um den Lebensstand der Straßens... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die der Referent zu diesem Punkte, der Vorsitzende der Kreisreferent Handelsrat, Kommerzienrat Deußen, bemerkte, habe sich die sozialpolitische Kommission des Handelsrats mit 12 gegen 3 Stimmen für ein Verbot des Straßens... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Der Handelsrat forderte also eine noch schärfere Anwendung der bestehenden Gesetze, noch rücksichtsloser Einschreiten der staatlichen und städtischen Organe und vor allen Dingen eine noch „promptere Justiz“, die Übertragung der Minderbetriebspraxis in wünschlicher Form auf die gesamte „Mittel- und kleinere Industrie“... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

„Sozialdemokratische Mißwirtschaft.“

Aus Gera wird uns geschrieben: Seit zwei Jahren sitzt im Rathaus der reichlichen Hauptstadt Gera eine sozialdemokratische Gemeindevorstandung... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Der Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Uniere Genossen leiten den Stadtrat wegen seines Verhaltens hart zu... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Für die Gegner, die mit dem Schwindel von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft operiert hatten, bedeutet dieser Ausgang eine Ohrfeige, die sie reichlich verdient haben... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Deutsches Reich.

Antische Reichstagen? Die Scherzprelle teilt mit, daß der Antrag des Reichstages auf Einführung antischer Reichstagen jetzt im Bundesrat auf Annahme rechnen könne... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Der Textilmachung zufolge wird der Bundesrat jetzt vorliegende Gesetzentwurf über die Neuordnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Weiterer Rückgang der Meißeneinfuhr. Im Monat Januar ist die Einfuhr von ausländischen Meißel und Meißelwaren zurückgegangen... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die Vorkämpfer in Betz gegen den Landtagswahl... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die Polizei gegen Anstaltsgefährliche? Himm. Die Breslauer Polizei hat die Aufhebung des Einwohners Anstaltsgefährlichen... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Immer wieder Hinauswurf aus Preußen. In der Reichstagskommission für das Staatsangehörigkeitsgesetz erklärte am Mittwoch der Ministerialdirektor... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die nördlichste Stadt der Erde.

Es ist alles auf den Großbetrieb eingerichtet, und die Gesellschaft... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die sich Paris amüsiert.

Die Stadtjagd liefert uns monatlich interessante Einblicke in das Kulturleben. Will man, 3. Wissen, wie sich Paris amüsiert... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Kulturfortschritt.

Wie ein Märchen voll Glanz und verborgener Sinn wandelt sich im Grunde das Nürtinger... „Ad mer den Deubel duhn und da auch noch...“

Die Balkantrise.

Inwiefern ist in den letzten Tagen gemeldete Entspannung der gesamten Situation auf dem Balkan, und namentlich der österreichisch-russischen Beziehungen, der Wahrheit entspricht, darüber fehlen eigentlich alle festen Anhaltspunkte. Die Erregung des rumänisch-bulgarischen Streitfalls ist den Großmächten überliefert worden, in der absonderlichen Frage soll zwischen Österreich und Rußland nahezu volles Einverständnis bestehen. So wird berichtet — und doch rückt sowohl Rumänien wie Rußland unbewußt mehrmals in rumänischen Kriegsministerien und Generalstab wieder mit größtem Eifer gearbeitet. So daß Rumänien außer dem moralischen Gewicht, das ihm die Berechtigung seiner Ansprüche gewährt, auch die nötige militärische Vorbereitung für jeden Fall und jede durch ihn umzusetzende Aktion haben werde.

Auf dem bulgarisch-türkischen Kriegsschauplatz

haben Unwetter, Schnee und Kälte die kriegerischen Operationen vorübergehend lahm gelegt. Ein offizieller türkischer Kriegsbericht ist bekannt. Im Laufe des letzten Tages bombardierte der Feind Adrianopol, das die wichtigsten Batterien entwickelte sich ein heftiges Artilleriegefecht. Die militärische Lage vor Sulair ist unbenannt. Bei Eski-Schirvan sind die Mächte aus ihren Wintern getrieben und erschweren die Bewegungen der Absonderungskolonnen. Im Kampf der westlich von Adhossan bei Eski-Schirvan hatten unsere Truppen 5 Tote und 22 Verwundete. Die Verluste des Feindes sind bedeutend größer.

Wien, 24. Februar. Der Neuen Freien Presse wird aus Sofia gemeldet: Auf dem Kriegsschauplatz ist es ruhig. Das Bombardement von Adrianopol findet nur in ganz geringem Umfang statt. Nach Aufstellung weiterer schwerer Geschütze soll das Bombardement in verstärkter Weise aufgenommen werden. Hierzuland liegt Schnee, teilweise sogar meterhoch. Nach Eintritt des Tauwetters werden sich große Schwierigkeiten bei allen Transporten einstellen. Nach hier eingetroffenen Meldungen sollen Hunderte von armenischen Soldaten auf der Halbinsel Gallipoli erfroren sein.

Ein neuer Kampf bei Sulair?

Konstantinopel, 24. Februar. Hier fand bei Sulair ein äußerst heftiger Kampf statt. Die Bulgaren griffen zwei Forts an, wurden aber zurückgeschlagen. Fast tausend türkische Verwundete trafen in Konstantinopel ein.

Die neuen bulgarischen Friedensbedingungen.

London, 24. Februar. Für die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen stellt Bulgarien folgende Forderungen: 1. Die neue Grenze muß näher bei Konstantinopel liegen als die zuvor in Erwägung gezeichnete. 2. Die Türkei muß eine Kriegsentwädung zahlen. 3. Die Türkei muß sich einverstanden erklären, am 15. August nach der Eröffnung der Friedensverhandlungen mit der Abrüstung zu beginnen.

Konstantinopel, 24. Februar. Der Zanin erklärt gegenüber den Gerüchten über die Informationen Haffi Pashas, daß die Türkei das letzte Wort in ihrer Note an die Mächte gesagt habe und sie weitere Zugeständnisse nicht machen könne. Die Zeitung sagt, daß die Worte nach Schluß der gestrigen Sitzung des Ministerrats neue Informationen nach London gelangt habe. Man bemerkt auf das entscheidende die Gerüchte, daß Haffi Pasha zurückberufen worden sei. Haffi

Wolka wird vielmehr mit den Volkspartnern der Großmacht in London und den englischen Staatsministern weiter verhandeln.

Die türkische Gelbrot.

Konstantinopel, 23. Februar. Schachschine im Werte von einer Million Pfund wurden nach Indien geschickt, wo für ihre Aufnahme unter den Mohammedanern eine eifrige Propaganda gemacht wird. Ein Mitglied des türkischen Flottenvereins ist zur Unterbringung der Schachschine nach Bombay abgereist. Die Bevölkerung von Konia soll sich bereit erklärt haben, Schachschine im Werte von 500 000 Pfund zu kaufen.

Aus der Partei.

Landtags-Kandidaturen in Preußen.

Zu den preussischen Dreiklassenhauswahlen nahm am Sonntag eine Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Teltow-Weesow-Charlottenburg Stellung. Dieser Kreis steht sich mit den drei Landtagswahlkreisen Schöneberg-Neukölln, Charlottenburg und Teltow-Weesow. In Schöneberg-Neukölln hatten vier schon 1908 gewählt die absolute Mehrheit. Da sich inzwischen die Verhältnisse nach zu unfernen Umständen verändert haben, so rechnen unsere Parteigenossen mit Beherrschung auf den Sieg. Die Generalversammlung stellte als Kandidaten für Schöneberg-Neukölln den Genossen G. u. S. aus Eisen auf, um mit ihm einen geeigneten Vertreter der Arbeitgeberinteressen in den Landtag zu bringen. Für Charlottenburg wurde Genosse Zielich und für Teltow-Weesow, einen vorwiegend landlichen Kreis, der zwei Abgeordnete zu wählen hat, am ersten Stelle Genosse J. oder (Kandidat in Ostpreußen) und am zweiten Stelle Genosse C. v. G. aufgestellt.

Ein türkischer Polizeiroh.

Wegen der Behauptung, daß in den ersten Tagen des Bergarbeiterstreiks ein britischer Schutzmann auf einer Straße in Altenssen „alten Passanten, die nicht eilig genug verschwinden konnten, einige Säbelhiebe verbeizte“, war der Genosse Neumann als verantwortlicher Beauftragter der Effner Arbeiterzeitung unter Anklage gestellt. Nach mehreren vergeblichen Terminen kam die Sache am Freitag zum Abschluß. Unter den 18 von der Staatsanwaltschaft geladenen Polizeibeamten höheren und niederen Grades, die zur angegebenen Zeit dort Dienst getan haben sollen, fand sich der Schuldige nicht, weshalb der Staatsanwalt den Wahrheitsbeweis als nicht geführt erachtete und eine Wache Gefängnis beantragte, obgleich zehn Zivilisten behaupteten, daß sie vollständig in Erfahrung worden waren. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da der Wahrheitsbeweis geführt sei.

Genossenschaftliche wurde bei der Jugendernennung die Aussage des Arbeitswilligen Müller. Der Junge, der sehr schlecht sieht, war getölpelt und hatte dabei einen Schutzmann getroffen. Er erhielt darauf von dem Schutzmann noch einen Stoß ins Gesicht. Als Müller sich deshalb auf der Polizeiwache beschwerte, hat ihm ein diensttuender Beamter erklärt, daß er in diesem Falle ihm den Säbel in den Leib gerammt hätte!

Gewerkschaftliches.

Das Streiksystem im Ruhrbergbau.

Die Bergwerksunternehmen im Ruhrgebiet haben ihre eigene Gerichtsbarkeit, die rücksichtslos gegen die Arbeiter angewandt wird. Die Möglichkeit dazu bietet die „Arbeitsordnung“, nach der in nicht weniger als 17 Punkten Bestrafung erfolgen kann.

Der Vorzug dieser Gerichtsbarkeit ist, daß ohne weiteres abgeurteilt wird. Da gibt es keine Voruntersuchung und kein Verhör. Dem „Vergehen“ folgt die Strafe auf dem Fuße. Die Grubenbeamten sind Ankläger und Richter des Urteils zugleich. Groß sind die Summen, die den Arbeitern durch das Strafverfahren abgezogen werden. Am Jahre 1912 wurden auf 131 Tagen des Ruhrreviers Strafgebühren berechnet:

Wegen Fördern unreiner Kohle 862 868 M. Wegen sonstiger Vergehen 568 068 M. Summa: 1 430 936 M.

Neunhundert einunddreißigttausend Mark in einem Jahre! Das ist ungeheuerlich. Die ungeduldeten Bestrafungen sind die wegen Fördern unreiner Kohle oder wegen nicht genügend gefüllter Wagen. Vor der Arbeitsstelle können die Wagen überfüllt geladen werden, durch den langen unterirdischen Transport wird die Kohle zusammengedrückt und die Ladung senkt sich. Dieser Zustand ist den Wagen nicht mehr überfüllt beladen an. Dann legt es Strafe. Auch legt es sich nicht vermeiden, daß einige Steine mit eingeladen werden, denn die Kohle ist damit verunreinigt. Trotz alledem legt es Strafe, wenn Steine im Wagen gefunden werden.

Bei der Lohnzahlung werden auch einige Pfennige nicht ausgezahlt. Die hierdurch erzielte Summe beläuft sich auf den 131 Schachtanlagen noch auf 102 656 M.

Mit diesem Geld treiben die Unternehmer „Wohlfahrt“. Es fließt in eine auf jeder Seite vorhandene Unterhaltungsabteilung. Daraus werden durch Krankheit in Not geratene Arbeiter unterstützt. In den Bergarbeitervereinen kann man dann alljährlich lesen, welche Summen für Unterhaltungen an die Arbeiter verausgabt wurden. Und dabei wird dann die „Fürsorge“ der Unternehmer gebührend hervorgehoben. Nicht aber wird gesagt, daß das Geld, womit man Wohlfahrt übt, den Arbeitern vorher zum Lohn genommen ist. Das ist „Wohlfahrt“, die erbt durch Plage geschaffen werden kann.

Die Tarifverträge im Bäder- und Sanitätswesen.

Bekannt ist, daß die Bädermeister prinzipielle Gegner der Tarifpolitik sind. Es fällt ihnen ungemein schwer, den Arbeitern bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen das Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Trotzdem hat der Tarifvertrag im Bäder- und Sanitätswesen für die Jahre 1912 und 1913 gemacht. Am Jahresanfang 1912 bestanden 22 Tarife, die sich auf 7920 Betriebe mit 20 628 beschäftigten Personen erstreckten, ein Mehr gegen das Vorjahr von 34 Tarifen mit 641 Betrieben und 3887 beschäftigten Personen.

Nach Branden geordnet stehen die in Bädereien beschäftigten an erster Stelle. Hier bestanden 202 Tarife für 7774 Betriebe und 18 222 Personen. Die Bädereien weisen zwei Verträge mit 106 Betrieben auf, und in der Scholaden- und Badermännereibetriebe 18 Tarife für 80 Betriebe und 2300 Personen in Frage. Der mit dem Zentralverband deutscher Kaufmännischer abgezeichnete Reichstarif erstreckt sich auf 185 Betriebe mit 250 Personen. Den größten Reichstarif hat der Tarifvertrag im Bäder- und Sanitätswesen mit 414 Betrieben 64 Verträgen, darunter sind 22 Kollektivverträge mit Unternehmerorganisationen zu schließen. Dem Verbands der Bäder ist es dadurch gelungen, eine bedeutende Verfestigung der Arbeitsverträge über die gesetzlichen Vorschriften hinaus, insofern für die Bädereien die tägliche zwölfstündige Arbeitszeit noch möglich ist, zu erringen.

In 89 Betrieben, mit Ausnahme von wenigen Privatbetrieben, nur Kollektivverträge, ist für 2205 Personen der arbeitsfreie Arbeitstag festgesetzt; bis zu 60 Stunden wöchentlich Arbeitszeit werden in 2030 Betrieben 10 308 Personen beschäftigt, mit anderen Worten: für diese Bädereien werden zwei Verträge die sechsstündige Arbeitswoche erreicht werden. Trotz dieser Erfolge ist die Arbeitszeit besonders bei den Bädern noch viel länger als in anderen Berufen. Nach den Tarifen arbeiten über 70 Stunden pro Woche 8617 Personen. Weit schlimmer

Die Getreidebörse.

Eine Geschichte aus Chicago von Franz Norris.

Ich bin sehr davon überzeugt, daß Sheldon Corbell um sie anhalten hat, begann Frau Crecher nach einer Weile von neuem. Er ist sicher nur deshalb so plötzlich abgereist. Ihr Gatte brumme etwas vor sich hin und hielt seine Zeitung so, daß das Licht der Flurlampe darauf fiel.

„Glaubst du nicht auch, Charlie?“ „Sami? Ja, weiß nicht. Ich hab' für den Menschen nie viel übrig.“

„Er geht auf außerordentlich talentvoll“, sprach sie weiter, „und so gebildet. Und die allerbesten Manieren hat er. Hast du je seine Hände gesehen?“

„Ich meine, er hat Hände wie 'n Barbier. Sey ihn mal in 'n Wagg hinter die Pferde, und wie lange gleibst du, daß er die Traber mit seinen Pfadchen halten kann? Wohlhabend, die würde ihn direkt über das Spritzbrett runterziehen.“

„Der arme kleine Landry Court!“ murmelte die Gattin, ihre Stimme dampfend. „Um bricht hat das Herz. Er wollte sie doch auch heiraten. Du meine Güte, sie wird ihm gehörig bei der Zeit gesehen haben. Ich hab' mir's vorstellen, wie hohe Laura gestanden sein mag. Amte Kerl!“

„Wenn ihr Weiber nur den Jungen in Ruhe lassen wolltet. Er könnte noch was aus ihm werden.“

„Ich hab' mir gesagt, sein Berden wäre zugrunde gerichtet.“ „Ach, Weib!“ Mit einer Gebärde des Unwillens warf Crecher einen Blagenzettel fort.

„Er hat sich aber doch fürchtbar zu Bergen genommen, Charlie.“

„Ich möchte den Jungen mal anfasen und den Anfinn aus ihm rauskitteln, den ich Weiber ihm in den Kopf gefascht hab. Er ist sonst 'n berständiger Mensch, jeden Tag auf der Arbeit und hat noch nicht einen Dutzend Weizen auf eigene Rechnung gekauft. Ich hab' nicht, noch Spekulationen ist und will's auch nicht wissen. Das ist doch 'n Junge mit Verstand.“

„Wohlgeht ihm 's ganz gut“, sagte Frau Crecher nachdenklich, daß Laura ihn nicht gewollt hat. Sie sind ja natürlich nicht für einander geschaffen. Aber ich hab' doch immer das Gefühl, daß sie glücklich gemacht hätte. Sie will aber nicht mal 'n Beirat. Er hat auch um sie angehalten; sie hat mir's zwar nicht gesagt, aber ich weiß es. Und sie hat ihm einen regulären Korb gegeben. Sie will überhaupt nicht heiraten, sagt sie. Sie liebt niemand, sagt sie, und wird nie jemand haben, oder ich hab' jetzt 'n froh gemacht, wenn sie 'n genommen hätte, wenn Laura ihn nicht hat. Sheldon Corbell schon nicht wollte, der doch wie gemacht für sie war. So konnte man, daß ich auch gar nicht erwarten, daß sie 'n nehmen würde. Laura ist temperamentsvoll und hat eine künstlerische Reingung; sie liebt Bücher und Werke und Schöpfung und begreifen, Curtis aber macht sich aus alledem gar nichts und begreifen, Curtis aber macht sich aus alledem gar nichts.

nichts. Sie würden keinerlei gemeinsame Interessen haben. Aber Corbell — das war was anderes. Und Laura hat ihn auf ihre Weise gern gehabt. Er hat sie ungemein interessiert. Wenn er auf Kunst zu sprechen kam, so ließ sich Laura auch nicht ein Wort entgehen. Wahrhaftig, ich wäre an seiner Stelle nicht fortgegangen. Denn an meine Waise, Charlie Crecher, das war der Mann für Laura Dearborn, sie wird ihn auch noch nehmen, oder ich müßte mich sehr irren.“

„Das sieht dir ähnlich, Charlie“, rief Crecher, „dir und allen anderen Weibern. Immer macht ihr Weib, wie ihr einander verheiraten könnt. Warum läßt du denn das Model nicht in Ruhe? Laura hat ganz recht. Ich kümmer mich nur um ihre eigenen Angelegenheiten und fühlst ich dabei glücklich. Und da kommt du und machst dir was Interessantes zurecht und sagst, daß dein Herz für sie blutet“ und daß sie um Unglück geboren ist, und daß sie tiefertraurige Augen hat. Wird sie unglücklich, so kann sie nur durch jemand anders werden. Hör darauf, was ich dir sage, und laß Laura sich ihr Leben einrichten, wie sie will. Sie ist geteilt genug dazu; da brauchst du dich nicht zu sorgen. Heiraten, Charlie — Crecher benutze die Gelegenheit, um von etwas anderem zu reden — Curtis hat schon wieder ipellulert. Ich weiß es genau.“

„Das ist schlimm“, murmelte sie.

„Das ist's auch. Er und Gretchen finden jetzt immerfort die Mode fürchten. Wie ich höre, hat Gretch die ganze letzte Woche Septemberbermes für ihn gekauft, und erst heute morgen haben sie 'n andere Sache gemacht — eine Spekulation in Weis. Gegenwärtig ist wohl's schon jedemann. Ich hab' mir sagen lassen, daß Curtis mit 'nem Profit von acht bis achtzehn Prozent rausgegangen ist. Er kümmer immer zu gewinnen, aber daß ich drum, wenn er die Finger davon ließe; aber seit seinem Coup in Matweizen geht er immer mehr und mehr rein.“

„Hat er das große Gebäude auf der Washington-Straße verkauft?“ fragte sie.

„Oh“, rief er Gatte, „das hab' ich ganz vergessen. Ich müßte's dir sagen. Nein, verkauft hat er's nicht. Er hat besser getan. Er wollte nicht verkaufen, und da haben diese Warenhäuserleute von ihm gemietet. Mal mal, was sie ihm bezogen? Dreimalhunderttausend des Jahre. Ich wird immerfort reicher und reicher. Deshalb er sich da nicht mit einem gewöhnlichen Geschäft begnügt, ankam Leute Warenhäusern auf der Washington-Straße zu treiben, das ist mir 'n Rästel.“

Frau Crecher wollte eben darauf entgegnen, als Laura an das offene Salonfenster trat.

„Oh, Frau Crecher“, rief sie, „ich schmeide doch Ihre „Hollen“ auch finden zu können. Ich dachte, sie wären in dem Heinen Miederstanz.“

„Warte, ich werd' sie dir rausführen.“ „Wollen Sie so gut sein?“ fragte Laura, als Frau Crecher sich erhob.

Denken hatte man das Gas nicht angezündet, und die Stühle und die bunte und blaue. Als Frau Crecher das Bild gefunden hatte, schaute Laura Kopfsteineren vor, um im Zimmer bleiben zu können. Die beiden letzten sah an ein hochgelegenes Schiebefenster an der Schmalfseite des Hauses; man überwarf von dort einen Teil des Gartens mit seinen hocherbauten roten Trichterwinden und Natursteinen.

„Im Hause ist's hübsch, nicht wahr?“ bemerkte Frau Crecher. Laura machte sich in ihrem Hochstuhl bequem und ließ sich die Füße auf den Boden legen. Sie hatte die letzten Zeit angefangen hatte, ihre schweren Quarzfedern etwas zur Seite, um sie dann mit der flachen Hand zurechtzuführen.

„Mir scheint, es wird noch wärmer“, sagte sie gleichmütig. „Ich glaube, der Sommer wird sehr heiß werden.“ Nach einem kleinen Pause fuhr sie fort: „Ich werde im Juli heiraten, Frau Crecher, ist zu erringen.“

Die gute Dame schnappte vor Ueberraschung nach Luft. Sie kerzengute in ihrem Stuhle emporsitzend, starrte sie in atemlosigen Staunen Laura an, deren Gesicht in der Dunkelheit nur undeutlich zu sehen war. Endlich fand sie die Sprache wieder.

„Was? Laura! Du heiratest? Mein liebes Kind!“ „Ja“, antwortete Laura ruhig. „Im Juli — vielleicht schon früher.“

„Ja, aber ich dachte doch, du hättest Herrn Corbell einen Korb gegeben. Deshalb wäre er fortgegangen, glaube ich.“ „Fortgegangen? Er ist nicht fortgegangen. Ich meine nicht Herrn Corbell, es ist Herr Jabolin.“

„Gott sei Dank!“ rief inbrünstig Frau Crecher und schaute Laura auf beide Wangen. „Mein liebes, liebes Kind, du hast keine Idee, wie ich mich freue. Gleich von Anfang hab' ich angeht, ihr würdet füreinander geschaffen. Und ich dachte die ganze Zeit, du hättest ihn erklärt, daß du ihn nicht möchtest.“

„Du hab' ich auch“, entgegnete Laura. „Sie war ganz ruhig und schien ernstlich als geschäftlich. Ich hab' ihm gesagt, daß ich ihn nicht liebte. Noch vorige Woche hab' ich's ihm gesagt.“

„Ja, warum hast du denn eingewilligt?“ „Herr Gott!“ rief Laura, lebhaft sich erhebend. „Sie können sich gar nicht vorstellen, was ich mit ihm durchgemacht habe. Denken Sie denn, daß man zu dem Manne „nein“ sagen kann?“

„Natürlich nicht, natürlich nicht“, entgegnete die freudig bewegte Dame. „Das heißt's nämlich. Ich hätte's wissen können, doch er hat's freigen möchte, wenn er sich's einmal vornimmt.“

„Nicht und spät lieb er mir keine Ruhe“, fuhr Laura fort. „Und dabei schien er gebührend warten zu wollen, bis ich mich entscheiden würde. Als ich ihm über eines Tages mit einem runden „Nein“ abschied, damit er genau Weisheit wissen sollte, da hat's Ding er erst richtig an. Ich hatte keine Ruhe vor ihm, bis ich in letzte, und im selben Augenblicke hatte ich auch schon seinen Ring am Finger. Er muß ihn schon wochenlang eigens dazu in der Tasche getragen haben. Nein, das wollte ich nicht“, erklärte sie der müttelstehen Freundin, als diese ihre Finger auf Lauras linke Hand legte, „seit noch nicht“ (Genesent ist der während der Verlobungszeit am Fingerfinger der linken Hand getragene Kreuzring.)

„Das heißt's nämlich, so hartnäckig zu sein.“ (Fortsetzung folgt.)

fiel es aber in solchen Betrieben aus, wo es bisher nicht möglich war, die Arbeitszeit tariflich zu regeln.

In 156 Betrieben konnte der Stoff- und Logiswohnung für die Weibchen im Hause des Unternehmers befreit werden. Vorgeblich erhalten nun in den tarifierten Betrieben 19 989 Personen. Der durchschnittliche Lohn beträgt für den Beschäftigten wöchentlich 25,38 M. In den zwei Betrieben bei den Handbrotträgern das Minimum in Vorgeblich 24 bzw. 26 M. Bei den in der Schokoladen- und Indusierwarenindustrie Beschäftigten beträgt der durchschnittliche wöchentliche Mindestlohn für jugendliche Arbeiter 15 M., für Arbeiterinnen 10,26 M. und für erwachsene Arbeiter 23,40 M. Die Festlegung der Renten ist in 130 Fällen ausgeprochen für 9856 Personen. Die Bezahlung der Ueberstunden mit einem höheren Satz als den regulären Stundenlohn ist in 192 Betrieben für 19 366 Personen vereinbart.

Von den bestehenden Tarifen kommen in diesem Jahre 106 für 2192 Betriebe mit 5400 Personen zum Ablauf, darunter der mit der Wählerorganisation in München abgezeichnete Kollektivvertrag, der 1369 Arbeiter unterwirft. Nach den bisher gemachten Erfahrungen wird es in den meisten Fällen ohne ArbeitsEinstellung nicht abgehen, um die Interessen zu berücksichtigen, weitere den heutigen Verhältnissen entsprechende Reformen durchzuführen.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 2. Februar 1913.

Aus der Stadtvorordnetenversammlung.

Nach allerlei nebensächlichen Mitteilungen und Besprechungen wurde als erstes Punkt der Tagesordnung die Ernennung des Vorsitzenden der Stadtvorordnetenversammlung beschlossen. Prof. Schmidt-Kimpler hat bekanntlich freitagsüber dieses Amt niedergelegt. Die Stadt, Hötting und Herrau geben Erklärungen ab, daß sie überflüssig seien und die Wahl nicht annehmen würden. Die Herzogliche Erklärung wirkte etwas löstlich, da dieser Herr für das Amt gar nicht in Betracht kam. Man hatte sich schon auf jemand anders geeinigt: Stadtv. Justizrat E. M. wurde mit 39 von 51 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Die übrigen Verhandlungen brachten recht lebhaftige Auseinandersetzungen.

Die erste Debatte entspann sich über eine Gehaltsförderung der städtischen Steuererheber und Vollziehungsbeamten. Der Ausschuß hatte Vorschlag über die eingereichte Petition zur Tagesordnung empfohlen.

Stadtv. E. M. e. erklärte, er handelte sich diesen Aufschuß an, da die Steuererheber und Vollziehungsbeamten vor zwei Jahren bei der Gehaltsregulierung benachteiligt worden seien. Er stellte den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, eine Vortage zu machen, durch die den Steuererhebern und Vollziehungsbeamten die Einkommensstärkung, die sie vor zwei Jahren gegenüber anderen Beamten erlitten haben, wieder ausgeglichen wird.

Bürgermeister Dr. Hoff warnte vor neuen Forderungen in der Gehaltsordnung der Beamten. Würde an einer Stelle zugelegt, so würden andere Beamtengruppen sofort auch Forderungen stellen und eine allgemeine Inflation unter den Beamten wäre die Folge.

Stadtv. E. M. e. erklärte, die Inflation fürchte er nicht. Die Beamten seien so feststellend, daß sie ihr Leben kaum amständig fristen könnten. Dabei hätten sie im Laufe des Jahres durchschnittlich 400 000 M. einzulassen. Und Leute, denen so viel Geld durch die Finger gehe, solle man so stellen, daß sie nie in die Versuchung kommen, sich an den ihnen anvertrauten Geldern zu vergreifen. Statt dessen habe man den Beamten aber vor zwei Jahren je 100 M. abgezogen von den allgemeinen Zulagen, die damals der Beamtenstand genährt wurden. Diese Schlechterstellung müsse durch eine Revision der Gehaltsliste beseitigt werden. Man habe ja vor einer Woche die Gehaltsliste erst revidiert, indem man den Magistratskassierer Kaufmann zulegte, deswegen könne man jetzt auch ruhig bei den niedrigst Besoldeten durch ein paar hundert Mark einen Ausgleich schaffen. Wenn, wie der Magistrat befürchtet, dann auch andere Beamte etwas fordern würden, so müsse man auch diese Wünsche prüfen. Er beantragte Ueberweisung der Petition an den Magistrat zur Berücksichtigung.

Die Stadtv. Scharfshmidt, Spindler und Weid sprachen sich über Anführung einiger freier Einzelheiten über das Anrecht, was den Steuererhebern zugebilligt worden ist, für den Antrag Emmer aus, der vom Bürgermeister befragt wurde. In der Schlußminute wurde der Antrag dann gegen eine erhebliche Minderheit abgelehnt; für den nicht so weit gehenden Antrag Selmecke fand sich eine Mehrheit von 30 gegen 24 Stimmen, so daß also eine Vortage, die die Parteien ausgleichen soll, kommen toll.

Die Beratung über die Gewährung einer Unterfertigung von monatlich 15 M. an den inaktiven städtischen Arbeiter Franz Wolf führte zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Genossen Osterburg und dem Oberbürgermeister Dr. Rive. Es handelt sich dabei um einen Arbeiter, der viele Jahre in städtischen Diensten stand, trotzdem aber die sonst übliche Altersrente nicht beanspruchen kann. Der Magistrat sagt darüber in seiner Vorlage: Die Voraussetzungen für die Gewährung von

Ausgleich liegen bei Wolf nicht vor, da er nicht mehr als 10 Jahre hindurch ununterbrochen in städtischen Dienste beschäftigt war. Die Unterbrechungen in dieser Beschäftigung waren so groß, daß sie als unerschöpfliche Arbeitsbefreiungen nicht angesehen werden können. Immerhin hat der im 72. Lebensjahre stehende Mann insgesamt nahezu 11 Jahre im Dienste der Stadt Halle gestanden. Es erscheint daher aus Billigkeitsgründen angemessen, ihm eine kleine fortlaufende Unterfertigung zu gewähren. Mit Rücksicht darauf, daß er monatlich 14,34 M. an Altersrente bezieht und durch die Vereinerung einer Hausmannsstelle noch den Vorteil hat, mietsfrei zu wohnen, hält der Magistrat eine Unterfertigung von 15 M. monatlich für ausreichend. Da sein Arbeitsverdienst in den letzten Jahren etwa 900 M. jährlich betragen hat, würde er nach ununterbrochener jährlicher Beschäftigungzeit 300 M. Ausgleich fordern können; jetzt soll er nur 150 M. haben.

Stadtv. Osterburg brachte bei dieser Angelegenheit Klagen darüber vor, daß sehr oft Arbeiter entlassen werden, die schon lange Jahre bei der Stadt beschäftigt sind und bald rentenbezugsberechtigt werden würden. Durch die Entlassung entzieht man ihnen das Recht auf die beschlossene Altersrente, und in Arbeiterkreisen geht nun die Vermutung um, daß vorübergehende Entlassungen einzelner nur zu diesem Zweck erfolgen. Wie weit dies der Wahrheit entspricht, ist nicht zu sagen. Aber es liegt hier ein solcher Fall vor, der zeigt, wie ungerecht es ist, Arbeiter nur auf kurze Zeit zu entlassen. Der Mann hat insgesamt mehr als elf Jahre für die Stadt gearbeitet, muß aber, weil man ihn zeitweise entlassen hat, jetzt um die Altersrente erst bitten, obwohl er sie von Rechts wegen fordern könnte. Es müßte den Betriebsverwaltungen möglich sein, die jahrelang tätigen Arbeiter auch über einige Wochen knapper Arbeit hinweg im Dienst zu behalten. Man solle mit den Arbeitern nur genau so umgehen wie mit Beamten.

Oberbürgermeister Dr. Rive wandte sich mit erregten Worten und ausgedehntem lauten Zorn gegen die angelegliche Verdrängung, daß die Stadtvorwaltung Arbeiter vorübergehend entlassen habe, um sie um ihre Altersrentenberechtigung zu bringen. Er vermahnte sich entschieden gegen diese Unterfertigung. Es solle hier in einem Falle ein besonderes Entgegenkommen erwiesen werden und das müsse anerkannt werden.

Stadtv. Osterburg vermahnte sich dagegen, verdrängt zu haben. Er habe nur mitgeteilt, daß in Arbeiterkreisen die Vermutung umgehe, daß Arbeiter nach langjährigem Dienst vorübergehend entlassen würden, damit sie nicht rentenbezugsberechtigt würden. Er habe ausdrücklich erklärt, daß er nicht nachprüfen könne, wie weit diese Vermutung Berechtigung habe, wünsche aber, daß Entlassung langjähriger beschäftigter Arbeiter nicht in einer Weise erfolge, die obige Vermutung zulaufe. Wenn Herr Rive etwas anderes verstanden habe, dann habe er sich verfehrt.

Der Oberbürgermeister erwiderte, es sei gut, daß Herr Osterburg sich berichtigt habe. (Osterburg rufte: Nein, nein!) Er habe sich nicht verfehrt. Wenn Osterburg von Vermutungen spreche, die unter den Arbeitern herrschen sollen, so seien das eben nur solche Vermutungen, wie sie die Sozialdemokraten benutzen, um die Arbeiter zu verheizen.

Genosse Osterburg antwortete dem erregten Herrn sehr treffend: Wir brauchen nicht zu heizen; sie aber heizen durch ihre Lügen und Beschlässe die ärmere Bevölkerung aus. — Auf diese Feststellung hatte der Oberbürgermeister nichts mehr zu antworten.

Ein unerwartetes Schicksal erlebte die Eingabe der Ertragsgewinn des Penitentialerbandes der Hausangestellten Deutschlands, betr. Fortbildung- und Hausangestelltenbesuch für Hausangestellte. In der Petition wurde gefordert: Die Stadtvorordnetenversammlung wolle veranlassen, daß 1. der Besuch der Fortbildung- und Hausangestellten, besonders von weiblichen und männlichen Hausangestellten unter 18 Jahren, möglichst gefördert wird; 2. die Hausangestellten von etwaigen vorgeschriebenen Schulgebühren befreit werden; 3. alle Arbeitsvermittlungsinstitutionen, vornehmlich städtische und städtisch subventionierte, angewiesen werden, bei der Vermittlung von Dienstboten unter 18 Jahren abzumachen, daß die Hausvordanden den Dienstboten freie Zeit zum Besuch der Schule gewähren.

Stadtv. Selmecke beantragte namens des Petitionsausschusses die beiden ersten Punkte der Eingabe dem Magistrat zur Erödrung zu überweisen. Der Wunsch nach besserer Ausbildung der Dienstboten sei berechtigt. Es sei nur zu prüfen, ob sie nicht am besten gemeinsam mit dem Hausfrauenverein eingeletzt werden. Auf die Arbeitsnachweise einen Zwang auszuüben, damit sie die Berufsarten veranlassen, freie Zeit für den Schulbesuch zu gewähren, sei nicht ratsam, weil dann die Dienstboten wieder mehr von privaten Stellenvermittlern bezogen würden.

Stadtv. Osterburg wünschte Ueberweisung zur Berücksichtigung, da die weitere Fortbildung der Dienstmädchen doch unbedingt nötig sei. Es handle sich zum Teil um sänbliche, oder die Schule nicht ganz durchgemachte Mädchen. Was in den

Jugendjahren verfaul sei, solle in den Haushaltungs- und Fortbildungsschulen nachgehoben werden, damit die Jugend nicht mehr so sehr der Schulliteratur und der Berufung verfallt.

Gegen die Petition äußerte sich keiner der Stadtvorordneten, trotzdem wurde sowohl der Antrag Osterburg wie der des Petitionsausschusses mit großer Mehrheit abgelehnt. Die meisten Stadtväter haben eben selbst Dienstboten und für die Fortbildung zu beschließen, gibt's nicht; das wird einfach wortlos niedergekimmert. Wenn die Herren darüber reden würden, dann würde vielleicht herauskommen, daß die Rücksicht auf die bessere Beschäftigung, der man die Hilfskräfte nicht entziehen darf, bei einigen als Hauptgrund für diese liberale Demonstration gegen die Bildung mitprägen.

Einen ähnlich unglücklichen Verlauf nahm die Behandlung der Petitionen der städtischen Arbeiter um Lohnerhöhung und Einsetzung von Arbeiterausschüssen. Auch hier empfahl der Petitionsausschuß zunächst für den Fall der Petition der Arbeiterausschüsse die Ueberweisung an den Magistrat zur Berücksichtigung. Der Referent äußerte sich, daß ein solcher Beschluß schon einmal von den Stadtvorordneten gefaßt worden sei, der Magistratsvertreter habe aber in der Ausschußung mitgeteilt, daß Stadtvordordnete in den Deputationen der einzelnen Werke entgegen diesem Beschluß die Arbeiterausschüsse abgelehnt hätten.

Stadtv. Greßler teilte dazu noch mit, daß sich die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke gegen die Einsetzung von Arbeiterausschüssen gewendet habe, weil sie glaubt, daß bisher noch alle Wünsche der Arbeiter im direkten Verkehr mit der Verwaltung erledigt worden sind. Es lägen einzelne Beschwerden vor und sie glaubten, wenn Arbeiterausschüsse eingesetzt würden, so würden die nicht Frieden, sondern Unfrieden bringen.

Stadtv. Hoffschle schloß sich dem mit einigen schwachen mildernden Redewendungen an, wobei er zum Schluß meinte, die Arbeiterausschüsse würden nur den Sozialdemokraten noch mehr Gelegenheit geben, hier mit: Wir haben gehört allerlei Vermutungen zur Verheerung der Arbeiter vorzubringen. Diese anonymen Verdrängungen solle man nicht noch fördern.

Stadtv. Genosse Osterburg antwortete dem Gasfackler: Jawohl, leider müßte sie ab und zu sagen, wir haben diese und jene Beschwerden gehört; dem Namen zu nennen dürfte man ja nicht wagen, weil dann Nachregelungen erfolgen würden. Nicht die Sozialdemokratie übt Terrorismus, sondern das Unternehmertum und solche Behörden, die öffentlich beschwerdeführende oder organisierte Arbeiter maßregeln. In den Nachregelungen, der Erfüllungsfrage liege der Grund dafür, daß die Arbeiter ihre Namen bei Beschwerden nicht nennen lassen. Können Sie gar antworten, daß keine Maßregelungen erfolgen, dann könnte hier für jede Beschwerde mit voller Namensnennung aufgemacht werden. — Die Arbeiterausschüsse seien eine Erscheinung der neuen Zeit, der man sich nicht verschließen könnte. Auch der Staat habe sie schon eingeführt für seine Betriebe. Das Eingelindbidium freite immer mehr jurid. und korporationen treten zu einander in Beziehung. Wer die Ausschüsse nicht wolle, unterstürze die Einflüsterungswirtschaft der Vorgesetzten, der wolle nach dem Grundsatze teilen und herrsche in unheilvoller Weise Feind, Haß und Zwietracht unter den Arbeitern säen, um sie dann einzeln besser unterdrücken zu können.

Stadtv. Selmecke teilte dazu mit, daß eine Reihe von Staatsbetrieben bereits sehr gute Erfahrungen mit den Arbeiterausschüssen gemacht hätten. Er erwiderte um Zustimmung zu der Petition, dann würden manche Kleinigkeiten, die jetzt den Stadtvorordneten beschäftigen, durch Verhandlung mit den Ausschüssen erledigt werden können.

Stadtv. Genosse Emmer stellte noch fest: Bisher habe Herr Rive immer gegen die Petition, der Magistrat sei für Arbeiterausschüsse, aber die Stadtvorordneten in den Deputationen lehnten sie stets ab; jetzt sei aber durch Stadtv. Greßlers Rede besetzt, daß der Magistrat nicht einmütig und energisch für, sondern sogar öffentlich gegen Arbeiterausschüsse aufträte. Gerade Stadtv. Greßler, der doch auch Stadtvordordnete war, sollte doch Stadtvordordnetenbeschlüssen respektieren, und was nicht noch glauben zu machen verdammt, daß in seinem Betrieb mit über 200 Arbeitern die Verwaltung noch mit jedem einzelnen verhandeln könne. — Herr Hoffschle habe die Forderung nach Arbeiterausschüssen als sozialdemokratisch verdrängt wollen. Hier liegt aber auch eine Petition Hauser und gelber Deputationen, der Richtigke der Interessen vor, die jetzt auch notwendig diese Forderung der Akten aufnehmen müßten.

Stadtv. Greßler sagte nun zu, daß die Deputationen nach dem Beschluß der Stadtvordordneten nochmals um der Frage Stellung nehmen würde. Er sei kein Gegner der Ausschüsse. Der Abfall der Petition der Arbeiterausschüsse forderte, wurde dann mit 25 gegen 18 Stimmen dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Ein weiterer Abfall der Petition verlangt die Durchsetzung von Lohnlisten. Er wurde vom Ausschuß dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen für einzelne Betriebe, die die Stellen doch nicht eingekauft hätten. Eine Debatte über die Angelegenheit hätte die Mehrheit am liebsten nicht mehr gehabt. Aber einer unserer Genossen kam doch noch kurz zu Wort.

Stadtv. nachträglich im Durchgang liegen, wenn man sich nicht einleiten die Petition befreit, so wird eine Wahl müßte da regelt werden. Nach dem weiteren Verlauf der Sitzung wird die Angelegenheit.

Die Stadtv. Greßler wird in den nächsten Tagen, wo es um die Petition geht, wieder zu Wort kommen. Er wird die Angelegenheit in den nächsten Tagen, wo es um die Petition geht, wieder zu Wort kommen.

Die Stadtv. Greßler wird in den nächsten Tagen, wo es um die Petition geht, wieder zu Wort kommen. Er wird die Angelegenheit in den nächsten Tagen, wo es um die Petition geht, wieder zu Wort kommen.

Die Stadtv. Greßler wird in den nächsten Tagen, wo es um die Petition geht, wieder zu Wort kommen. Er wird die Angelegenheit in den nächsten Tagen, wo es um die Petition geht, wieder zu Wort kommen.

ZUR FRÜHJAHRSSAISON

spielen wieder

CONDORSCHUHE

eine grosse Rolle.

6 75

M.

7 50

M.

8 50

M.

10 50

M.

sind unsere beliebtesten Preislagen in bewährten Qualitäten. (1113)

Konfirmanden-Stiefel

in eleganten Formen

6 75 7 50 8 50 usw.

Strapazier-Stiefel

besonders preiswert

25 30 2 95 27 30 3 75 31 35 4 25

Mode-Halbschuhe,

schwarz u. farb., neueste Ausführungen

5 90 6 50 7 50 usw.

CONRAD TACK & CIE. G. m. b. H.

Halle a. S., nur Schmeerstrasse 1. Fernruf 240.

Beachten Sie unsere neuesten Schaufenster-Auslagen.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 48

Halle (Saale), Mittwoch den 26. Februar 1913

24. Jahrg.

Aus der Provinz.

Kriegervereine und Arbeiterchaft.

Die Reaktion in Preußen erhebt zurzeit wieder mächtig ihr Haupt und das ist wohl der beste Beweis dafür, daß die Sandtagswahlen nicht mehr in weiter Ferne liegen. Wie Gehel werden in Bewegung gesetzt, um die Arbeiter für „nationale“ Zwecke einzufangen; am meisten wird die „Aus-tarbeits“ in den Krieger- und Militärvereinen betrieben. Wie bringen notwendig wäre es doch, daß die unglücklichen Arbeiter, die heute noch in Krieger- und Militärvereinen haften, über die u n o r d n i g e und selbstschädigende Rolle, die sie dort spielen, nachdenken und sich einmal die Frage vorlegen müßten, warum sie eigentlich noch in solchen Vereinen Mitglieder sind.

Die Pläne der Kameradschaft soll in den Vereinen oberster Grundbaustein sein. Will Kameradschaft in Ehren haben aber all die Arbeiter schon so bald verlassen, wie die Kameradschaft unter Kameraden gepflegt wurde? Die erste Geige spielen in den meisten Militärvereinen abgeordnete höhere Offiziere, die gewöhnlich um die Majorsgrade nicht herumkommen, oder Meisters- und Landwehroffiziere. Die Fernen, wie auf dem Kameradschaft so oft und durchdringend ihre liebliche „kameradschaftliche“ Stimme erschallen lassen, geben auch in der „Militärkameradschaft“ den Ton an. Wird irgend ein „hoher“ Herr nach einem Provinzialkongress „berufen“, so sucht er zuerst Anknüpfung an den dortigen Kriegerverein; ist dann zufällig ein erlauchter Schatzkammerhelfer Vorsteher des Vereins, wird Kameradschaft bald ergriffen werden, zurückzutreten, um dem Herrn Hauptmann Platz zu machen, denn er kann sich doch von einem Unteroffizier d. R. der Landwehr, wenn weiter konnte es der erlauchte Hauptwehr, trotz guter Kenntnisse, beim Militär nicht bringen, nicht das Wort erlassen lassen. In den Versammlungen und Vorstandssitzungen geht es gewöhnlich recht feil zu, ähnlich wie beim Kompagnieappell oder der Barolenausgabe; nur nach außen spielt man den Nonchalanten, da drüht man auch dem „Kameraden-Arbeiter“ die Hand, und dieser fühlt sich in den Himmel gehoben und schreit bei patriotischen Festen dann um so lauter durcheinander in den taumelnden Wagen und an das Elend seiner Familie denkt er in den Augenblick leider nicht. Kurz, die Herren Offiziere a. D. betreiben ihre Tätigkeit in den Krieger- und Militärvereinen nicht als Sport, sondern aus Geschäftsnutzen. Politische Geschäfte sollen gemacht werden; der „Kameradschaft“ soll als Stimmzettel bei Wahlen und als Stützpunkt bei Wahlbewegungen usw. benutzt werden.

Somit besonderen Grund, ihre Stellungnahme gegenüber den Kriegervereinen zu revidieren, hat die Arbeiterchaft neuerdings durch die Maßnahmen des deutschen Kriegerbundes. Der Bund hat jetzt eine „Fürsorgekommission“ ins Leben gerufen, die nicht weniger besorgt, als Streikbrecher groß zu ziehen. Vom 1. Januar 1914 ab wird der von den Vereinen für jedes beitragspflichtige Mitglied an den Bundesverband zu zahlende Jahresbeitrag auf 1,50 Mark erhöht. In einem Rundschreiben an die Kameraden sagt der Vorstand des Bundeskriegerverbandes zur Begründung unter anderem: „Größere Mittel sind erforderlich, um den durch sozialdemokratischen Extremismus geschädigten Kameraden über unverschuldeten Not hinwegzuhelfen und sie der sozialdemokratischen Umgarung zu entziehen.“ Will dieser sozialdemokratischen Umgarung ist weiter nichts gemeint, als die Gewerkschaftsbewegung. Mit den Geldern der Arbeiter will der Kriegerbund eine Gruppe Streikbrecher groß ziehen, die dann ihren Kollegen bei Streiks und Ausbrüchen in den Rücken fallen. Der Stützpunkt, ein Zweig des Kriegerbundes, hat bekanntlich beschlossen, Mitglieder der Gewerkschaften in seinen Reihen nicht zu dulden. So steht man im Kriegerbund den „Kameraden-Arbeitern“ gegenüber, die sich zur Erringung menschenwürdiger Lebensbedingungen zusammenschließen. Wenn man in den Kriegervereinen heute noch nicht allgemein so rigoros vorgeht, so deshalb, weil man weiß, daß noch eine große Menge gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in den Kriegervereinen steht. Diese Arbeiter liefern mit ihren Beiträgen an den Kriegerbund den Fonds, aus dem jene unglücklichen Elemente gepflegt werden, die man Arbeitswillige und Streikbrecher nennt. Wenn den Unternehmern bei den jetzt drohenden Kämpfen im Baugewerbe eine große Zahl solcher unglücklichen Elemente zur Verfügung stehen, die ihre Kameraden-Arbeiter niederknüppeln lassen, dann mögen sich die Gewerkschaftler helfen bemüht werden, daß sie mit dem Groschen der Arbeiter in Kriegervereinen und Militärkameradschaften großgezogen wurden. Die Konsequenz ergibt sich dann von selbst.

Instruierte Stimmungsmaße.

Daß die Reichsregierung mit der allernuesten Rüstungsvorlage einen großen Schlag ausführen will, ist bekannt, auch daß sie und die sogenannten nationalen Parteien dieselbe mit der Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages rechnen. Darum

ist die reichhaltige und systematische Entladung eines nationalen Launens bei der Volkskammer notwendig, um Neuwahlen im Jahre 1907 zu bekommen. Und dieses Manöver geht bereits los. Während das deutsche Heer erst imstande war, jeden feindlichen Angriff abzuwehren, sucht man jetzt durch Illustrationen in den Kreisblättern und den sogenannten unparteiischen Papieren, die hauptsächlich auf dem Sande drinnen gelesen werden, das Gegenteil zu beweisen? Auf dem Zeitungsbilde sieht man einen großen französischen und einen kleineren deutschen Soldaten, die beide die Friedensstärke beider Länder veranschaulichen sollen. Auch sind die Ausgaben dafür „genau“ ausge-rechnet, um es wird dadurch die Notwendigkeit der zahlen-mäßigen Verkleinerung unserer Heeres bewiesen. Diese von der Militärkammer an die gesamte Provinzpresse gesendete Aufforderung ist eine Spekulation auf die Dummheit und ein Beweis für die feuchtwarme Stimmungsmaße, die mit Hilfe des Bildes betrieben wird. Die Verkleinerung des deutschen Heeres soll jährlich 70 Millionen Mark betragen, außer 20 Millionen Mark für die Luftflotte, und Frankreich soll 400 Millionen Mark mehr für das Heer verlangen, ergo: verlangt Deutschland noch so wenig. Während die 70 Millionen Mark pro Jahr berechnet sind, sind die 400 Millionen Mark der Franzosen für mehrere Jahre berechnet worden. Es wird aber hier so darzustellen versucht, als seien die 400 Millionen Mark Verkleinerungen des „Erbes“ jährliche. Das servile Pressegehirn aber füttert sich mit, zu teilen, daß Deutschland mit der Verkleinerung des Soldaten erst den Anstoß zu den gegenwärtigen Verkleinerungen gegeben hat. Ein Soldat freilich den anderen; und genau behaupten würde nach der hoffentlich noch abzuwartenden Bewilligung beider Forderungen das beiderseitige Stärkerhältnis gleich, oder für die Franzosen noch ungünstiger als vorher sein. Welche ungeheuren Opfer das deutsche Volk für den Wozu aufzubringen hat, spürt jeder Arbeiter an sich selbst, darum wird auch die verfauchte „nationale“ Aufpeicherung der breiten Masse des Volkes nicht den erwünschten Erfolg haben.

Merseburg. Die gekränkte Leberwurz. Daß das Volksblatt sich manchmal genötigt sieht, die marktfeindliche Agitation der Liberalen insoweit zu kennzeichnen, gefällig dem Verleger hochzuhalten, ist nicht zu bezweifeln. In nicht gerade parlamentarischer Weise legt das sich fortwährendlich nehmende Blatt Verwahrung gegen die allzu treffende Bezeichnung als „Rechtsliberalismus“ usw. ein. Da lieber Himmel! Wie soll man das Beharren sohin nennen, wenn eine Partei mit einer gutlich unbedeutenden Rede eines ihrer Zufalls-Mitglieder im ganzen Wahlkreise proklamiert? Ist das keine abscheuliche Sentimentsmaße? Und da entzückt sich der kleine Schreier und wirft dem Volksblatt Verdrehung von Tatsachen vor. Die Stimmplanbezüge des Korrespondenten gegen das Volksblatt ist ein herabes Zeichen dafür, daß die Kritik bei der Liberalen Verweigerung geblieben hat. Ein Liberalismus, der eine recht einflussreich war, und mit der geschicklichen Entwidlung so weit heruntergekommen ist, daß er nur mit Hilfe der Gegner überhaupt noch parlamentarisch tätig sein darf. Iam der Sozialdemokratie nicht viel schaden. Das saubere Papier spricht von sozialdemokratischen „Unselbstentum und journalistischen Schwindeln“ und meint, andere Bestimmungen treffen auf das Volksblatt nicht zu. Wir meinen, zu solch „anständigen“ Mitteln zu greifen, in einer gar nicht notwendigen Abwehr, ist nur ein Blatt imstande, daß die Politik einer Partei zu verteidigen hat, die bereits die Unentgeltlichkeit und Grundlosigkeit ihres Kampfes erkannt hat. Nur so weiter, so heißt es am Schluß des Wertbeitrages, und der Schwindler wird selbst dem Wächter bald klar werden.“ Ganz unsere Meinung; auch wir hoffen, daß der „entzündliche“ Liberalismus mit seiner Melasse überall gründlich hereinfällt.

Wien. Die Stadtverordneten nahmen in ihrer letzten Sitzung von den Protokollen über die Revision der städtischen Rollen pro Annua Kenntnis. Sodann beschloß die Versammlung einstimmig, den Etat der Kämmereikasse in Einnahme und Ausgabe auf 108.106,50 Mark festzusetzen. An Kommunalsteuern sollen 125 Proz. von der Staatseinkommensteuer und 150 Proz. von der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erhoben werden. Ferner wurde der Etat der Schulfeste, der Wirtshaus- und der Elektrizitätsabgabe für das Rechnungsjahr 1913 genehmigt. Ferner wurde beschlossen, den Umbau des Schloßhofes nicht ausführen zu lassen, weil die Zugluft dadurch nicht beseitigt wird und die Räume durch den Umbau zu klein werden.

Deitsch. Die Liberalen im Wahlrechtskampf. Der liberale Wahlverein hielt vorige Woche eine öffentliche Versammlung ab, um Stellung zu den handbreiten Forderungen zu nehmen. Obwohl das angeführte Thema: Was bringt das deutsche Volk gegenwärtig? auch für das Diebstahlvergehen rechtzeitig erwidern müßte, hatten sich doch fast 100 Personen eingefunden, um für die langatmigen Ausführungen des „fortschrittlichen“ Verbandesgeordneten Debus einen Melanodion zu hören. Herr Debus redete lang und breit über alle möglichen Dinge, über die Marktförderung, den Triebstraßenbau, den Postantrieb, die Unfähigkeit der Diplomatie usw., und erklärte sich natürlich auch mit den wohlmöglichen Rüttlungen einverstanden. Damit hat der Dalkische Deputationsrat nur gezeigt, was seine Parteigänger gleichfalls betonen. Wichtiger ist uns, was der Herr über die Stellung der Fortschrittler in der Wahlrechtsfrage zum Besen hat. Wer da etwa eine präzise Stellungnahme erwartet hatte, mußte eine bittere Enttäuschung erleben. Kein Wort über die Kampfesfront, sondern nur Unbeherrschtheit darüber, daß die liber-

deutschen Staaten freirechtliche Wahlrechte besitzen. Und doch hätten die Fortschrittler erst kürzlich bei Beratung des sozialdemokratischen Antrags im Reichstag, nach welchem den Einwohnern freirechtliche Wahlrechte gegeben werden sollen, die Möglichkeit gehabt, auch Breiten zu einem freirechtlichen Wahlrecht zu verhehlen. Jedoch verdrängen sich die unentgeltlichen Freirechtler unter Kompensationsverhandlungen. Daß die Hebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen nicht durchgeföhrt werden wird, auch darüber ist sich Herr Debus „vollkommen klar“, deshalb forberten die Freirechtler „unbedingt“ die geheime Wahl. Da nach seiner Meinung die Demonstrationen der Sozialdemokratie ein zweifaches Einstragen der Hand auf die Straße sind, ist es schwer, zu erraten, wie die Fortschrittler eigentlich den Kampf um ein freirechtliches Wahlrecht führen wollen. Auch über die Verdrängung der Bevölkerung mit billigen Geld durch die Gemeindeverwaltung ist der Herr nicht unbedingt bereit, denn — das ist der Anfang vom sozialistischen Zukunftsstaat! — Echt freirechtlich!

Elberfeld. Die Zweckmäßigkeit des öffentlichen partizipativen Arbeitsschadens. Auf Veranlassung des Arbeitsschadensvereins des Saale-Anhalts fand hier kürzlich eine aus den Kreisen der Industrie, des Handwerks und derjenigen Gewerkschaften, die sich bereits mit der Arbeitsvermittlung befaßt, auf besuchte Versammlung statt. Auch eine Reihe von Behörden hatten Vertreter entsandt. Der Vorsitzende des genannten Arbeitsschadensvereins, Herr Dr. H. H. H., leitete die Verhandlung über die öffentlichen partizipativen und gemeinnützigen Arbeitsschadens. Nach einem knapp gehaltenen Bericht der neuesten Nachrichten gab der Redner einleitend einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung und die Entwicklung der öffentlichen Arbeitsschadens, die zuerst in Süddeutschland ins Leben gerufen worden ist. Nach und nach hat der Gedanke der Arbeitsschadensvereine, auch in Norddeutschland Eingang gefunden. Mit der Zeit ist man auch in Sachsen und Anhalt übergegangen, die Arbeitsschadensvereine zu einem zu zentralisieren und sie dementsprechend umzugestalten. Um jede Parteilichkeit nach der einen wie nach der anderen Seite auszuschließen, ist hier ein heftig gestelltes Arbeitsschadens unter die Aufsicht und Kontrolle der Behörde zu stellen. (Wir meinen, daß gerade durch die behördliche Einwirkung die Parteilichkeit der Arbeiterchaft benachteiligt wird. Der Arbeiterchaft ist aber am meisten beteiligten Seite muß man mindestens die Mitwirkung an der Verwaltung und Kontrolle gewährleisten. Wenn das Volk, im Anfang war es schwierig, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen, aber nach und nach, wenn das Gute, was der öffentliche und partizipative Arbeitsschadens in sich birgt, erkannt worden und zur Wirkung gekommen ist, werden sich die vorerwähnten Kreise dem öffentlichen Arbeitsschadens vereinen. Das ist ein sehr lobenswerter Ausbruch wurden die Meinungen für und gegen, die sich ungefähr die Waage hielten, zum Ausdruck gebracht. Für die Einführung des öffentlichen Arbeitsschadens setzten sich jedoch die Vertreter der Arbeitsschadensvereine und freien Gewerkschaften ein, während sich die industriellen Kreise mehr abzuwenden als abzuwenden versuchten. Um ein Ergebnis der Versammlung herbeizuführen, erlegte man sich dahin, daß zunächst die einzelnen Organisationen, die für den öffentlichen Arbeitsschadens in Betracht kommen, unter sich die Frage klären und ihre Anschauungen nach erfolgter Stellungnahme der Behörde mitteilen.

Kreis. Von einem Förster erschossen. Der Kreisforstwart August Kreiber ging mit seinen vier erwachsenen Söhnen am Sonntag nachmittag in der Reichsgräflichen Forst, vermutlich, spazieren. Sie trafen mit dem dortigen Förster zusammen, der sie einer Rebovitation unterziehen wollte. Ob sie sich derselben widersetzen wollten, konnte nicht in der Erfahrung geklärt werden. Der Förster sah seinen Revolver und erschöß den Vater; auch seine Söhne wurden an-geschossen und verbleibet. Ob die Genannten sich auf un-rechtem Wege befanen oder ob Kreiber berbe Rebenarten ge-äußert hat, da er ja dafür sehr bekannt ist, und der Förster sich dadurch bedroht fühlte und zur Waffe griff, werden die gerichtlichen Feststellungen ergeben. Wie und unter welcher Erfindung hin mitgeteilt wird, soll der Förster in Rebov ge-handelt haben. Kreiber hat eine Frau und noch drei unterzogene Kinder.

Gangerhausen. Infall bei der Arbeit. In der Altens-Waldenfabrik geriet am Sonnabend der Schloßermeister S o l d a h i t beim Umlippen eines schweren Stahls mit dem Fuß unter denselben und erlitt einen Anschuß. Seine Aufnahme ins städtische Krankenhaus erwies sich als notwendig.

Rehra. Stadtverordneten-Sitzung. Der Knopf-macher Wilhelm Gröber hat bei der Verpackung der Fäzerei in den Schubriegeln das höchste Gebot abgegeben. Hier den Preis von jährlich 9 Mk. wurde ihm der Zuschlag erteilt. Die Mitglieder des Bauvereins „Rehra“ beantragten die An-ertragung eines Stages. Der städtische Magistrat forderte Ablehnung. Stadtb. Rodenfuß machte den Vorschlag, der Magistrat soll die Möglichkeit über Anbringung eines festen Fußweges prüfen. Diesem wurde zugestimmt. Hierzu nahm die Verwaltungsbüro der Verwaltungsbüro des Bürgermeisters entgegen. Auf verschiedenen kommunalen Schichten ist ein Fortschritt zu bemerken. Durch Bau einiger Wohnhäuser ist die Zahl derselben auf 618 gekommen. Die Wohnverhältnisse sind jedoch immer weiter zurück. Die letzte Zählungsaufnahme ergab 2348 Einwohner. Schulbesucher sind 815; der Durch-schnitt auf jede Klasse beträgt 23 Schüler. Unlängere Finanz-verhältnisse finden im diesjährigen Haushaltsplan ihren Ausdruck. Eine Vorlage eines besserer Beleuchtung soll in Höhe der Stadtverordneten beschließen, auch die Errichtung einer Fortbildungsschule. In der Bahn-Angelegenheit sollen

Liebreich

SALF

steht längst hoch in der Gunst der sparsamen Hausfrau.

In Halle und Umgegend fast in sämtlichen Geschäften der Nahrungsmittel-Branche stets frisch zu haben.

6454

Nachrichtungen weise man zurück!

